

Unternehmen brauchen für die **Luftverschmutzung** künftig Berechtigungsscheine. Bundeswirtschaftsminister **Wolfgang Clement** droht im Streit um die Zuteilung der wertvollen **Zertifikate** den Kürzeren zu ziehen

## EU: Keine Zugeständnisse an Industrie

Brüssel unterstützt Trittin im Streit um Emissionshandel - SPD fordert weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß schon ab 2005

VON DANIEL WETZEL

**Berlin/Brüssel** – Im Streit mit Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) um die Gestaltung des Emissionshandels in Deutschland hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) die Rücken- deckung der EU-Kommission und der SPD-Bundestagsfraktion erhalten. Trittin und Clement wollen sich am Freitag zum dritten Mal innerhalb von zwei Wochen im Kanzleramt treffen, um sich über die künftige klimapolitische Belastung von Industrie und Energiewirtschaft zu einigen.

Von 2005 an sollen Berechtigungs- scheine zur Luftverschmutzung europaweit gehandelt werden. Trittin will die deutsche Industrie und Energiewirtschaft möglichst knapp halten. Er plant, in der ersten Handelsperiode 2005 bis 2007 nur so viele Emissions- zertifikate zu verteilen, wie es der klimapolitischen Selbstverpflichtung der Industrie aus dem Jahre 1998 entspricht.

Clement unterstützt hingegen die Unternehmen, die „bedarfsgerecht“ mit Verschmutzungs- Gut- scheinen ausgestattet werden wollen. Den Nationalen Allokationsplan (NAP), den Trittin vorgelegt hat, lehnt der ehemalige Minister- präsident des kohlereichen Landes Nordrhein-Westfalens auch deshalb ab, weil durch ihn die Kohle- verstromung unrentabel zu werden droht. Bei ihrem Streit stehen die Minister unter Zeitdruck: Bis zum 31. März muss der Nationale Allokationsplan bei der EU-Kommission vorliegen.

Beim Treffen der europäischen Umweltminister in Brüssel stützte

EU-Umweltkommissarin Margot Wallström nun die Position Trit- tins. Vor dem Umweltrat erklärte sie, dass die EU-Kommission nicht gewillt ist, eine „Überausstattung“ der Industrie mit Emissionszertifi- katen zu tolerieren. „Je knapper die Zertifikate verteilt werden, desto wertvoller sind sie im Kampf gegen die Klimaveränderung“, sagte Wallström. „Ohne Knappheit kann kein Markt funktionieren.“

Die EU-Kommissarin rügte Länder, die ihre eigene Industrie zu üppig mit Verschmutzungsrechten ausstatten wollen. So forderte sie die Niederlande, Irland und Öster- reich auf, ihre jeweiligen Allokati- onspläne noch einmal zu überar- beiten: Es bestehe der Verdacht, dass diese Länder ihre Industrien schützen wollten, indem sie die Emissionsziele in unrealistischer Weise auf die privaten Haushalte und den Verkehrssektor abwälzen.

Ausdrücklich lobte Wallström Großbritannien, das den Entwurf eines Allokationsplans bereits im Januar vorgelegt hatte und dabei das in Kyoto definierte Klima- schutz-Ziel sogar freiwillig über- traf. Die Debatte in Deutschland verfolge man genau, sagte Wall- ström: „Wir hoffen, dass sich die Stimmen durchsetzen, die einen anspruchsvollen Allokationsplan verlangen.“

Forderungen der Industrie, in der ersten „Übungs- und Lernpha- se“ des Emissionshandels bis 2008 „bedarfsgerecht“ mit Emissions- zertifikaten ausgestattet zu wer- den, wies Wallström zurück: „Wir haben uns zwar auf eine Übungs- phase geeinigt“, sagte die EU- Kommissarin, „aber wir werden

nie schwimmen lernen, wenn wir uns nicht die Füße nass machen.“

Unterstützung für Trittins Kurs gab es auch aus der SPD-Fraktion im Bundestag. Fraktionsvize Mi- chael Müller nannte den Allokati- onsplan des Bundesumweltminis- ters „in der Grundlinie richtig“. Er forderte Industrie und Energie- wirtschaft auf, den Ausstoß von Kohlendioxid bereits im Schnitt der Jahre 2005 bis 2007 „erkenn- bar unter 500 Mio. Tonnen zu drü- cken“. Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) hatte bislang ein „bedarfsgerechtes“ Emissionsvolumen von 508 Mio. Tonnen gefordert und jede Redu- zierung in der „Übungsphase“ bis Ende 2007 abgelehnt.

Angesichts neuer Anzeichen des Klimawandels forderte Müller zu- dem, Perspektiven zu entwickeln, wie sich die Treibhausgas-Emis- sionen nach 2012 weiter verringern lassen. Auch müsse mehr getan werden, um den Ausstoß bei Haus- halten und im Verkehr zu reduzie- ren. Diskussionsbedarf sieht Müll- er jedoch bei der von Trittin ge- planten Benachteiligung von Koh- lekraftwerken. „Ich halte eine Abhängigkeit der Energiewirt- schaft vom Erdgas langfristig für problematisch“, sagte Müller.

SPD-Energie-Experte Ulrich Kelber betonte die Chancen des Emissionshandels: So werde Deutschland in der EU zu den Netto- Verkäufern von Emissionszerti- fikaten gehören. Gleichzeitig werde die Klimapolitik in der EU durch Emissionshandel harmoni- siert. Wettbewerbsverzerrungen würden so abgebaut.

### Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland

Struktur der CO <sub>2</sub> -Emission											
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Energie- erzeugung	43,1	42,2	42,5	42,0	41,3	40,6	41,4	41,0	42,1	42,3	43,5
Industrie	14,7	13,8	14,2	14,1	13,4	13,9	13,3	13,5	13,5	12,9	12,7
Verkehr*	18,1	18,8	18,7	19,1	18,7	19,4	19,9	21,2	20,8	20,0	20,1
Haushalte	13,3	14,6	14,2	14,3	15,4	15,5	14,9	14,0	13,5	14,3	14,0

  

Veränderungen der CO <sub>2</sub> -Emission gegenüber 1990											
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Energie- erzeugung	-9,0	-11,9	-12,6	-14,0	-13,4	-17,7	-16,9	-20,2	-17,8	-16,0	-15,1
Industrie	-19,3	-25,0	-24,1	-25,4	-27,3	-27,0	-30,7	-31,9	-31,5	-33,5	-35,6
Verkehr*	5,8	8,8	6,5	8,2	8,4	8,8	10,6	14,1	12,3	9,9	8,7
Haushalte	-4,4	3,7	-0,9	-0,4	10,0	6,9	1,8	-7,5	-10,1	0,7	-7,1

\* national Angaben in Prozent Quelle: Umweltbundesamt, Berechnungen des DIW Berlin